

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische
Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 166 (2000)

Heft: 3

Artikel: Der Chefredaktor im Gespräch mit ... dem Vorsteher des VBS :
Bundespräsident Adolf Ogi

Autor: Ogi, Adolf / Geiger, Louis

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-66553>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 16.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

... dem Vorsteher des VBS

Bundespräsident Adolf Ogi



«Friedensförderungsdienst ohne Selbstschutz ist unverantwortlich!»

Herr Bundespräsident, Sie haben das Jahr 2000 als politisches Schlüsseljahr für das VBS bezeichnet. Schlüsseljahr weshalb?

Weil unsere verschiedenen Reformprojekte in ein entscheidendes Stadium kommen und weil die Umverteilungsinitiative – vermutlich im November – zur Abstimmung gelangen wird. Die Initiative ist brandgefährlich. Diesen Abstimmungskampf müssen wir gewinnen! Ich zähle dabei auf die Offiziere!

Welches sind die anderen Wegmarken?

Der sicherheitspolitische Bericht 2000 des Bundesrates kommt im März vor den Ständerat. Der Nationalrat hat den Bericht in der Dezembersession mit 114 zu 44 Stimmen in zustimmendem Sinne zur Kenntnis genommen. Ein sehr gutes Resultat!

Im ersten Quartal ist die Vernehmlassung zu den Eckwerten des Projektes «Bevölkerungsschutz» ausgewertet worden. Ab jetzt läuft das Projekt parallel zum Leitbild «Armee XXI».

Schliesslich muss die Totalrevision des Militärgesetzes im März im Nationalrat und im Juni im Ständerat die Hürden nehmen.

AUNS und GSoA haben das Referendum angekündigt...

... da steigt ein seltsames Paar ins Lotterbett! Das Referendum wird zustandekommen, und das Volk wird das letzte Wort haben. Ich bin überzeugt, dass wir diesen Kampf gewinnen werden! Wir haben die stärkeren Argumente. Und die Umfragen der MFS zeigen 81 Prozent Zustimmung zur SWISSCOY und 72 Prozent Zustimmung zur Bewaffnung der SWISSCOY.

Sie waren Ende November 1999 im Kosovo. Mit welchen Eindrücken sind Sie zurückgekehrt?

Erschüttert vom Grad der Zerstörung in diesem Land, das mich in vielem an unsere Landschaft erinnerte. Beeindruckt von der Präsenz von gegen 40 000 Soldaten aus über 30 Armeen. Und stolz auf die Arbeit, die unsere Armeeangehörigen beiderlei Geschlechts in der SWISSCOY leisten. Der Besuch hat mich andererseits definitiv davon überzeugt, dass es auf Dauer unverantwortlich und für die Partner in einem solchen internationalen Einsatz unzumut-

bar ist, wenn sich die Schweizer nicht selbst schützen können.

Wie wird der Selbstschutz definiert?

Schweizerinnen und Schweizer im freiwilligen Friedensförderungsdienst sollen sich zum Selbstschutz bewaffnen können, und nicht, um sich an offensiven Aktionen zu beteiligen. Es geht also um die persönlichen Waffen, wie Pistole und Sturmgewehr, es geht um Maschinenpistolen, Abwehrrsprays und Schlagstöcke. An Kollektivwaffen sind Maschinengewehre und Panzerfäuste vorgesehen, bei den Fahrzeugen Radschützenpanzer, Schützenpanzer und Aufklärungsfahrzeuge.

Das Parlament verlangt Mitsprache ...

... und erhält sie auch! Die Botschaft des Bundesrates sieht vor, dass es die Zustimmung des Parlamentes braucht, sobald ein Einsatz länger als drei Wochen dauert oder mehr als 100 Armeeangehörige umfasst. Die parlamentarische Kontrolle ist also gewährleistet. Im übrigen müssen wir immer wieder darauf hinweisen, dass die Einsätze

freiwillig sind. Sowohl für die Gelbmützen in Bosnien wie für die SWISSCOY im Kosovo haben wir übrigens mehr Interessenten als wir letztlich einsetzen können. Das freut mich.

Was antworten sie jenen, die fundamental gegen Auslandseinsätze sind?

Zwei Dinge: Zum einen hat das Parlament mit dem Militärgesetz der Armee den Auftrag erteilt, friedensfördernde Beiträge im internationalen Rahmen zu leisten. Was wir tun, ist also gesetzlich klar abgestützt.

Zum andern liegt es klar in unserem eigenen Interesse, uns an Friedensmissionen im Ausland zu beteiligen. Ich erinnere an Bosnien. Seit dem Einsatz der SFOR sind die Asylgesuche bei uns um über 60 Prozent zurückgegangen. Ähnliches Bild im Kosovo: Von April bis Juni 1999 waren 24 000 Flüchtlinge in unser Land gekommen. Seit dem Einsatz der KFOR sind über 16 000 wieder zurückgekehrt. Wir profitieren also von der Friedensförderung vor Ort. Was liegt näher, als uns selber daran zu beteiligen? ■

